

Einladung zur Besichtigung des Paul Scherrer Instituts (PSI)

Das Paul Scherrer Institut (PSI) ist das grösste Forschungsinstitut für Natur- und Ingenieurwissenschaften in der Schweiz. Forschende aus aller Welt suchen hier u.a. nach den Energietechnologien der Zukunft, aber auch nach neuen Krebstherapien und vielen andern neuen Erkenntnissen. Dabei kommen Grossanlagen zum Einsatz, die in der Schweiz und teilweise weltweit einmalig sind.



- Programm:** Information über die Tätigkeit des PSI und die Energieforschung im Besondern
Rundgang durch das Forschungsgelände
- Zeit:** Freitag, 7. Oktober 2011, 16.00 Uhr,
Dauer ca. 3 Stunden
- Treffpunkt:** PSI Villigen, Eingang Ost
- Anreise:** individuell; vorzugsweise mit dem öv:
Illnau ab 14.33
Effretikon ab 14.40 mit S3 nach Zürich
Zürich an 14.56
Zürich ab 15.06 IR Richtung Brugg
Brugg an 15.30
Brugg ab 15.35 Bus nach Villigen PSI
PSI Ost an 15.51
- Billet:** selber lösen (auch am Automat möglich)
nach Villigen PSI Ost, retour,
via Zürich – Brugg (nicht via Siggenthal)
- fakultativ:** Nachtessen in Brugg oder Zürich
- Kosten:** keine, abgesehen vom Bahn-/Bus-Billet und evtl. Nachtessen
- Anmeldung:** per Post oder E-Mail an
Matthias Schweitzer
Bachwies 9, 8307 Effretikon
schweitzer@swissonline.ch
mit Angabe, ob mit oder ohne Nachtessen,
sowie der Personenzahl

Die Teilnehmerzahl ist beschränkt !

Familien stärken!

Schon unterschrieben?

Die CVP sammelt zur Zeit Unterschriften für zwei Initiativen für eine familienfreundlichere Schweiz.

Die eine richtet sich gegen die sogenannte Heiratsstrafe, d.h. die finanzielle Benachteiligung von Ehepaaren gegenüber Konkubinatspaaren durch den Staat. Dies geschieht nach wie vor bei der Besteuerung, auch wenn in den letzten Jahre gewisse Verbesserungen erfolgt sind. Benachteiligt sind aber auch Rentnerehepaare: Wenn ein Paar im AHV-Alter heiratet, kann das eine Verminderung der AHV-Rente um bis zu 25 % zur Folge haben. Analog erhält ein Ehepaar, wenn es ins Rentenalter kommt, oft deutlich weniger AHV als ein Konkubinatspaar, das gleich viele Beiträge bezahlt hat.

Die zweite Initiative verlangt, dass Kinder- und Ausbildungszulagen nicht besteuert werden. Beispielsweise werden in Illnau-Effretikon einem Ehepaar mit einem steuerbaren Einkommen von 70'000 Franken für jeden Franken Kinderzulage 10 Rappen von Bund, Kanton und Gemeinde als Steuern abgenommen. Dabei sind die Kinder- und Ausbildungszulagen doch wirklich für die Familie und nicht für den Staat gedacht.



Die im zentralen Mitgliederregister erfassten Mitglieder und Sympathisanten haben Unterschriftenbogen direkt von der Bundespartei erhalten. Haben Sie schon unterschrieben und die Bogen zurück gesandt? Wenn Sie die Bogen nicht erhalten haben oder weitere benötigen, melden Sie sich bitte bei Beat Lanter, Brüttenerstr. 45, 8307 Effretikon, Tel. 052 343 75 87, E-Mail b.lanter@bluewin.ch,

Teilrevision des Sozialhilfegesetzes

Mit der Revision sollen vor allem der Informationsaustausch zwischen Stellen und die Auskunftspflicht von Dritten verbessert werden, insbesondere um Sozialhilfemissbrauch zu verhindern. Das ist unbestritten.

Opposition gibt es dagegen, dass *vorläufig aufgenommene Personen* ihre Hilfe nicht mehr nach der Asylfürsorge sondern nach dem Sozialhilfegesetz erhalten sollen. Das ist oft etwas mehr, verlangt aber auch mehr Kooperation von den Hilfeempfängern. Das macht Sinn, weil vor allem Menschen vorläufig aufgenommen werden, die bei einer Rückkehr in ihr Heimatland wegen Krieg an Leib und Leben gefährdet wären und deshalb nach neuem Bundesrecht hier integriert werden müssen. Die Gegner mit ihrem Gegenvorschlag lehnen das mit Blick auf kriminelle und renitente Asylanten ab. Sie übersehen, dass kriminelle und renitente Personen gar nicht vorläufig aufgenommen werden dürfen, also von der Änderung nicht betroffen sind.

Die kantonalen Delegierten empfehlen deshalb ein **Ja zum Gesetz, Nein zum Gegenvorschlag** und bei der **Stichfrage A** anzukreuzen.

Aufhebung des Gesetzes über die hauswirtschaftliche Fortbildung

Es geht hier nicht um den Hauswirtschaftsunterricht an der Volk- und Mittelschule, sondern das Gesetz über die hauswirtschaftliche *Fortbildung* verpflichtet die Gemeinden, für *Erwachsene* ein Mindestangebot an hauswirtschaftlichen Fortbildungskursen anzubieten. Die Vorlage will diese Verpflichtung aufheben; die Gemeinden sollen selber entscheiden, welche Kurse sie anbieten. Die Gegner befürchten, dass die Gemeinden das Angebot verkleinern, zumal der Zustupf des Kantons wegfällt. So haben auch die CVP-Delegierten entgegen dem Antrag des Kantonalvorstandes im Verhältnis 2:1 ein **Nein** (keine Aufhebung des Gesetzes) beschlossen.

Aufhebung des Gesetzes für ein Polizei- und Justizzentrum

Die Diskussion, ob es ein Polizei- und Justizzentrum Zürich (PJZ) braucht, hat das Volk mit der Annahme des entsprechenden Gesetzes mit klarer Mehrheit bejaht und einen Rahmenkredit von (teuerungsbereinigt) Fr. 539 Mio. bewilligt. Inzwischen wurden rund Fr. 60 Mio. ausgegeben um das Vorhaben zur Ausführungsreife zu bringen. Der bereinigte Kostenvoranschlag lautet nun auf Fr. 568,6 Mio. Diesen Kredit hat die Mehrheit des Kantonsrats abgelehnt. Weil folglich das vom Volk beschlossene Gesetz nicht umgesetzt werden kann, wird beantragt, dieses aufzuheben. Die Mehrheit der CVP-Delegierten lehnt diese Aufhebung ab und empfiehlt (wie der Regierungsrat) ein **Nein**. Das PJZ ist nach wie vor nötig, und es soll nicht mit der Planung nochmals von vorne begonnen werden. Es wird nicht billiger.

Volksinitiative «Für einen wettbewerbsfähigen Kanton Zürich»

Die Initiative will die Vermögenssteuer halbieren. Das ist auch unter der Optik des Steuerwettbewerbs grobschlächtig und unnötig. Die Steuerausfälle von 600 bis 700 Mio. Franken bei Kanton und Gemeinden müssten irgendwo wieder eingespart werden. Die Delegierten empfehlen deshalb ein **Nein**.

Abstimmungsfrage genau lesen!

Bei den nächsten Abstimmungen geht es gleich zweimal um die Aufhebung von Gesetzen. Das bedeutet, dass wer für etwas ist, mit einem Nein gegen die Aufhebung stimmen muss und umgekehrt.

Wer also *dafür* ist, dass das Polizei- und Justizzentrum wie vom Volk beschlossen nun auch gebaut wird, muss mit einem *Nein* gegen die Aufhebung des entsprechenden Gesetzes stimmen. Und wer das nicht will, muss mit einem Ja für die Aufhebung des Gesetzes stimmen.

Analog verhält es sich bezüglich der Pflicht der Gemeinden, hauswirtschaftliche Fortbildungskurse anzubieten.

Einladung zu den offenen Fraktionssitzungen

Wer interessiert ist, an der Gestaltung unserer Stadt mitzuwirken, ist freundlich eingeladen, Ideen und Überlegungen an den Sitzungen unserer GGR-Fraktion einzubringen.

Die nächsten Termine (jeweils 20.00 Uhr):

Mi 31.8.	bei Markus Hürzeler
Mi 28.9.	bei Charly Heuberger
Mi 2.11.	bei Markus Hürzeler
Do 8.12.	bei Charly Heuberger

Wer hilft mit,

wenn die Parteien das Werbematerial für die National- und Ständeratswahlen für den gemeinsamen Versand einpackt? Wir sind für jede Hilfe dankbar.

Zeit: Samstag, 17. September 2011, 07.30 bis ca. 12.30 Uhr

Treffpunkt: Saal der Stiftung zur Palme, Hochstrasse 31–33 (auf der Südseite des Bahnhofs), Pfäffikon

Herausgeber dieser Mitteilungen:
Vorstand der CVP Illnau-Effretikon

Redaktion dieser Ausgabe: Beat Lanter

CVP Illnau-Effretikon
Wangenerstrasse 22, 8307 Effretikon
PC 84-9822-9

E-Mail: klaus.gersbach@gmx.ch

www.illnau-effretikon.ch/ver-
eine/cvp_illnau-effretikon